



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

November 2018

Landesparteitag am 20.10.2018



Foto: Harald Singler

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe:
Freitag, 30.11.2018

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bericht vom Landesparteitag	S. 2
Beschluss Strategietagung	S. 3
Kurzbericht BMV 26.10.	S. 4
Gegen rechts!	S. 4
Gegen Poggenburg	S. 5
Rentenveranstaltung	S. 6
Billstedt ist bunt	S. 9
Gedenkort Stadthaus	S. 10
Abrüsten / Schuldenbremse weg	S. 11
Termine / Kontakt	S. 13

Mitte wirkt -

2. Tagung des 6. Landesparteitags mit guten Ergebnissen

Wieder einmal im Berufsförderungswerk eines Samstags zur frühen Stunde standen am 20.10. Diskussionen zur Wohnungspolitik (ohne dass Näheres zur geplanten Kampagne vorlag), zu der Strategie vor dem Hintergrund von „Aufstehen“, den Bezirksversammlungen und dem Finanzplan auf der Tagesordnung. Hinzu kamen die Neuwahl der Finanzrevisionskommission und Nachwahlen zum Landesvorstand (Wahl des Bezirksvertreters aus Mitte) sowie die weiteren Anträge aus der Parteibasis.

Gleich zu Beginn fiel die Tagungsleitung angesichts dieses ambitionierten Vorhabens und der dürftigen Vorbereitung seitens Landesvorstand und Antragskommission durch den Versuch auf, den Fokus auf eine Person als Blitzableiter zu verschieben, die ohne deren Kenntnis und ohne Begründung mit einem „Hausverbot“ eingeschüchtert werden sollte. Dies kostete den Parteitag 45 Minuten, die man für die Diskussion gut gebraucht hätte.

In der folgenden Diskussion zur Wohnungspolitik wollte niemand auf die Dankesworte der Geschäftsführerin der Bürgerschaftsfraktion an den Senat für seine Verbesserungen beim Wohnungsbau einstimmen. Vielmehr wurde die Debatte getragen von vielen antikapitalistischen Wortbeiträgen und es flackerte bereits die Strategiediskussion durch. Hier waren es nur wenige, die „Aufstehen“ eine große Bedeutung zuzumessen. DIE LINKE selbst müsse vielmehr radikaler werden, um dem gesellschaftlichen Unmut gerecht zu werden und die großen notwendigen Veränderungen mit der entwickelten Struktur unserer Partei und verstärkter Oppositionsarbeit verwirklichen zu können. Folgerichtig wurde zum Ende des Parteitags der Antrag unseres Bezirksverbandes „Für eine Strategie-Tagung der Hamburger LINKEN 2018/19“ mit deutlicher Mehrheit beschlossen (siehe Seite 3). Ebenfalls beschlossen wurden 3 der 4 von uns mit eingebrachten Anträge der Redaktion der „Hamburg-Debatte“ für die Demokratisierung der Öffentlichkeitsarbeit.

An das „Bezirksrahmenwahlprogramm“ des Landesvorstandes hatte die Bezirksmitgliederversammlung vom 08.10.2018 zwölf Änderungsanträge gestellt, von denen der Landesvorstand bereits zehn ganz oder teilweise übernommen hatte, darunter: für die Überwindung der sozialen Ungleichheit, die Abschaffung der Schuldenbremse, Wohnraum für Obdachlose und Ausbau des Winternotprogramms, die Unterstützung von ICAN mit dem Ziel, dass die BRD dem Atomwaf-

fenverbotsvertrag beitrifft, die Umbenennung von Straßen und Plätzen (nach Antimilitaristen, Pazifisten, Deserteuren und Antifaschisten statt Militäristen und Kolonialisten) sowie den Aufruf zum Engagement für einen grundlegenden Politikwechsel - „Solidarität schafft Hoffnung!“. Unsere Formulierung zur Beendigung der kommerziellen Nutzung des Stadthauses (ehemaliges Gestapo-Hauptquartier mit Folterkellern) wurde abwegigerweise dahingehend verändert, dass nun die „nicht ausschließlich“ kommerzielle Nutzung gefordert wird - was bereits dem aktuellen Stand der Auseinandersetzung entspricht.

Beim folgenden Tagesordnungspunkt Finanzplan war erstaunlich, dass keiner vorlag. Der Schatzmeister bekundete, sich trotz entsprechender Regelung in der Landessatzung mit Verweis auf die Bundessatzung der Partei nicht verpflichtet zu sehen, diesen dem Parteitag vorzulegen und abstimmen zu lassen. Bedenklich stimmt zudem die folgende Wahl einer Genossin in die Finanzrevisionskommission, die der Schatzmeister selbst in ihrer Abwesenheit vorstellte - zu Ungunsten einer parteilinken Genossin, die als bisheriges Mitglied der Kommission die Weigerung des Landeschatzmeisters, eine Revision der Finanzen 2017(!) zu ermöglichen, moniert hatte und mit einem machtpolitischen Trick durch die Tagungsleitung nicht gewählt wurde.

Nicht formvollendet war ebenfalls die Absetzung des Tagesordnungspunktes „Nachwahl zum Landesvorstand“. Hier erklärte ein Genosse empört, er habe „keine Lust“ und beantragte die Nichtbehandlung dieses TOPs, was jedoch satzungswidrig ist (siehe hierzu den Beschluss der BMV vom 26.10.).

Von den Anträgen der Parteibasis wurden neben den bereits erwähnten auch die Anträge „Rechte und Teilhabe der MigrantInnen und MigrantInnenorganisationen stärken!“ der LAG Migration, Flucht und Antirassismus sowie „Gegen Krieg, Sozialabbau und rechts“ von Holger Griebner und anderen beschlossen. Die von Mitte wieder eingebrachten Anträge „Die völkerrechtswidrigen Luftangriffe auf Syrien stoppen“, „Pflegetotstand stoppen“ und „Schluss mit Rüstungsexporten und Militarisierung“ sowie der Antrag der Studierenden auf Unterstützung der Kampagne „International solidarisch – Schluss mit Austerität“ wurden mit der (falschen) Behauptung nicht behandelt, sie seien bereits vom LaVo behandelt oder erörtert.

Unter dem Strich lässt sich von einem erfolgreichen Parteitag sprechen. Die Konfliktfähigkeit des realpolitischen Flügels lässt zu wünschen übrig. Es zeigt sich, dass die oppositionelle Basis gut daran tut, aufmerksam, kritisch und beherzt einzugreifen - und wirksam damit ist. Gelegenheit bietet sich dafür genug, z.B. bei der Umsetzung

der jüngsten Beschlüsse. Gerade die Strategietagung fordert uns alle - organisatorisch wie auch politisch- heraus, uns in den entscheidenden Streitpunkten auseinanderzusetzen und die Tagung gegen den Unwillen des Landesvorstandes durchzusetzen und mit Leben zu füllen.

Alexander Benthin

Dokumentiert:

Beschluss des Landesparteitags vom 20.10.2018 auf Antrag des Bezirksverband Hamburg-Mitte:

Für eine Strategie-Tagung der Hamburger LINKEN 2018/19

Arbeitstitel: **Neoliberalismus in der Krise – was soll danach kommen?**

1.) Zum Hintergrund

Vor uns liegt eine intensive politische Phase für unsere Partei DIE LINKE in Hamburg: Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft, Wahlen zum Europaparlament und den Bezirksversammlungen 2019 sowie Bürgerschaftswahlen 2020. In mehreren Bezirken und auf Landesebene wächst daher und vor dem Hintergrund der Polarisierung in der immer tieferen Krise des Kapitalismus das Bedürfnis nach der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie. Kaum ein Ereignis macht deutlich, wie „zu Tode“ gesiegt und unmenschlich die neoliberale Austeritätspolitik ist, wie der folgenreiche Zusammenbruch der Brücke in Genua. Ein grundlegender Politikwechsel ist dringender denn je. Daher müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren, das heißt vor allem: gemeinsam fundieren und kritischer werden.

- Wie erweitern wir unsere Wirksamkeit gegen rechts?
- Wie erreichen wir ein Verbot der Rüstungsexporte aus dem Hafen und die Beteiligung der Bundesrepublik am internationalen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen?
- Wie beenden wir die Schuldenbremse und erreichen Investitionen in Infrastruktur, Hochschulen, Kultur, Bildung, Sport etc.?
- Wie konkretisieren wir dafür die Beschlüsse des Landes- und des Bundesparteitags?
- Wie schaffen wir bezirkeübergreifend gemeinsame Positionen im Wahlkampf?
- Wie bauen wir unsere Zusammenarbeit in Bündnissen aus und wie bringen wir die Bewegungen zueinander?

2.) Für eine demokratisch organisierte Tagung

Der Landesparteitag beauftragt hiermit den Landesvorstand, unter Beteiligung von VertreterInnen aus den Bezirken und Zusammenschlüssen eine entsprechende Strategie-Tagung bis Februar 2019 zu organisieren. Bei der Tagung selbst sol-

len auch VertreterInnen der außerparlamentarischen Bewegung, der Zusammenschlüsse, der Fraktionen und Vorstände beteiligt und insbesondere strittige Positionen diskutiert werden, damit eine gute Positionierung für die Gesamtpartei entwickelt werden kann. Als Vorbild kann die Podiumsdiskussion beim Tag der Zusammenschlüsse dienen: VertreterInnen der verschiedenen Strömungen diskutieren gezielte Fragen zu aktuell relevanten Herausforderungen, zu denen in der Partei unterschiedliche Positionen existieren.

3.) Struktur der Tagung / Zu bearbeitende Themenfelder und Fragen

Arbeitstitel und Einleitungsvortrag: DIE LINKE in der Oppositionsverantwortung

- *Neoliberalismus in der Krise, was soll danach kommen?*

1. Auskömmliche Finanzierung sozialer Einrichtungen

- *Wie überwinden wir die Schuldenbremse?*

2. Beendigung des Geschäfts mit dem Tod

- *Wie stoppen wir die Rüstungsexporte?*

3. Solidarität schafft Hoffnung

- *Wie kommen wir in die Offensive gegen Rechts?*

4. In Zeiten von Prekarisierung, Erwerbslosigkeit und fortschreitender Digitalisierung

- *Wie schaffen wir kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Tariflöhne, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung?*

5. Hartz IV muss weg – Asylrecht umfassend wiederherstellen

- *Wie schaffen wir gleiche soziale Rechte für alle Menschen?*

6. Mitglieder-, Programm- und lernende Partei

- *Wie muss sich DIE LINKE verändern, um die Welt zu verändern?*

Kurzbericht zur BMV vom 26.10.

Es gab unter den ca. 20 Anwesenden eine intensive Aussprache zum Landesparteitag, es wurden dazu folgende Beschlüsse gefasst

1. Die BMV HH-Mitte am 25.10.2018 fordert, dass der Landesvorstand den Beschluss des Landesparteitages zur Durchführung einer Strategiekonferenz unverzüglich umsetzt, VertreterInnen der Bezirke und Zusammenschlüsse einlädt und eine entsprechende Vorbereitungs-AG einsetzt.
2. Die BMV bestimmt Kristian Glaser als Vertreter des Antragstellers Bezirksverband Hamburg-Mitte in dieser Vorbereitungs-AG.
3. Die BMV stellt fest, dass der Beschluss des LPTs zur Absetzung des TOPs Nachwahl zum Landesvorstand/Bezirksvertreter nach § 3 Abs. 3

der Wahlordnung unzulässig war. Sie fordert den Landesvorstand und das Tagungspräsidium dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass dieser TOP auf der nächsten Tagung des LPTs behandelt wird und die BezirksvertreterInnen Mitte/Bergedorf gewählt werden können.

4. Die BMV spricht sich dafür aus, dass die Arbeitsfähigkeit und Vollzähligkeit des Bezirksvorstandes wiederhergestellt wird; sei es durch Neu- oder Nachwahlen.

Christine Wolfram und Jürgen Olschok aus der BO Wilhelmsburg/Veddel sowie Heike Wokon aus Hamm-Horn wurden am 26.10.18 auf der BMV als FinanzrevisorInnen im Bezirk HH-Mitte gewählt.

Jetzt erst recht! Am 07.11. rechter Hetze entgegenreten! Kein Platz für Nazis und RassistInnen

Hamburg bleibt stabil - das haben auch die Gegenproteste am 18.10. gegen einen Auftritt des AfD-Rechtsaußen André Poggenburg in Hamburg-Wilhelmsburg gezeigt (s.S. 5).

Für Mittwoch, den 7. November 2018 haben die Rechten ihre Anmeldung aufrechterhalten - lasst uns gemeinsam der MMW-Kundgebung der Rechten Hetzer am Dammtor, Dag-Hammarskjöld-Platz, entgegenreten und erneut dafür sorgen, dass ihre Hetzreden von uns lautstark übertönt werden.

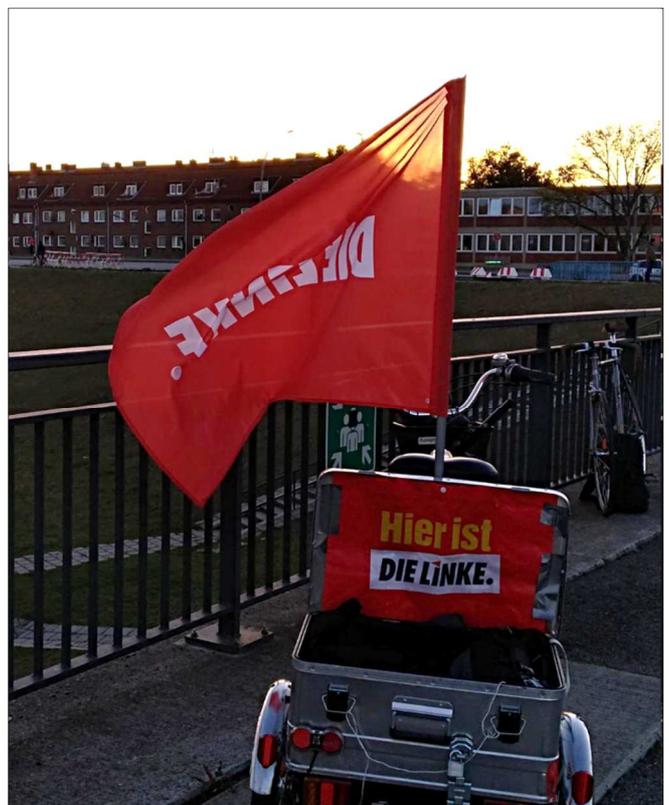
Solidarität statt rechter Hetze - Keinen Fußbreit den RassistInnen

Deswegen kommt am Mi., 07. September 2018 um 17:30 Uhr zur Mönckebergstr. 1 vor Saturn zu einer lautstarken, bunten und kreativen Demonstration: Demoroute über Mönckebergstrasse, Jungfernstieg, Gänsemarkt bis zum Kriegsklotz am Dammtor

DIE LINKE. Hamburg unterstützt den Aufruf des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“, sich der rechten Hetze in Hamburg entgegenzustellen. Der **Bezirksvorstand Hamburg-Mitte** hat einen **Infostand** auf dem **Gänsemarkt** angemeldet für **Mittwoch 07.11.2018 von 17-19 Uhr**. Die Anmeldung erfolgte schon vor längerer Zeit, als noch unklar war ob "MMW" im November eine Demo macht auf dem Gänsemarkt - quasi als "Terminblockade" Nunmehr ist "MMW" an den Dammtor ausgewichen.

Die Idee ist dort vor Ort zusätzlich die Gelegenheit zu nutzen um Flyer etc. zu verteilen und sich

dann in die Demo gegen "MMW" von Saturn über Gänsemarkt zum Dammtor einzureihen anstatt des üblichen Infostandes werden wir "Trudy - das kleine Demomobil" nutzen.



("Trudy - das kleine Demomobil" kam zum ersten Mal am 18.10. gegen einen Auftritt des AfD-Rechtsaußen André Poggenburg in Hamburg-Wilhelmsburg zum Einsatz; TJ)

Gegenkundgebung mit mehr als 500 TeilnehmerInnen bei AfD-Treffen in Wilhelmsburg



Foto: Jü.Ol.

Am Donnerstag, den 18. Oktober 2018, hatte die AfD-Hamburg-Mitte den ehemaligen Vorsitzenden der AfD Sachsen-Anhalt und Mitbegründer des rechtsnationalen "Flügels" der Partei André Poggenburg (*Szenesprech: Alfred die „Pocke“*) nach Wilhelmsburg eingeladen. Mehrere linke Organisationen hatten zum Protest aufgerufen. Leider nicht die Partei DIE LINKE.

Poggenburg ist in der eigenen Partei nicht unumstritten. Sein Markenzeichen: Rassistische und nationalistische Sprüche. Er hat Türken schon mal als Kameltreiber bezeichnet und Menschen mit zwei Pässen heimat- und vaterlandsloses Gesindel genannt.

Mit der Einladung Poggenburgs durch die Bezirksvorsitzende Nicole Jordan verortet sich die AfD in Hamburg Mitte am äußersten rechten Rand der AfD. Selbst bei einigen Parteifreunden im Hamburger Landesverband und in der Bürgerchaftsfraktion sorgte die Einladung für zarten Unmut. Besorgt ist man um die Außenwirkung der Partei, stehen doch im Frühjahr 2019 Bezirks-wahlen an. Bisher ist die AfD in Hamburg öffentlich eher bemüht sich ein reputierliches, seriöses, konservativ-hanseatisches Image zu geben. Dies scheint in der Partei mehr und mehr in Frage gestellt zu werden. Jüngst hatte der Hamburger AfD-Fraktionsvorsitzende Kruse, die Partei mit der Begründung verlassen, sie habe sich nicht klar genug von Rechtradikalen abgegrenzt.

Erfreulich, dass über 500 Menschen lautstark gegen das AfD-Treffen in Wilhelmsburg protestierten und dass die AfD auf der Insel keinen Veranstaltungsraum fand. Das Treffen der AfD musste auf dem Privatgelände der Bezirksvorsitzenden Nicole Jordan stattfinden.

Gewünscht hätte ich mir mehr Beteiligung von Parteimitgliedern aus Mitte an der Gegenkundgebung. Aber immerhin eine rote Fahne der Partei wurde gesichtet!



Foto: Jü.Ol.

Dank an Theresa, die via Mailverteiler auf die Kundgebung aufmerksam gemacht und zur Teilnahme aufgefordert hatte.

(20-10-2018 / Jürgen Olschok)

„Rentenniveau stabil bis 2025“ – alles paletti?

Am 24.10.18 fand im Kulturpalast Hamburg-Billstedt eine Informationsveranstaltung zu dem obigen Thema mit Matthias W. Birkwald dem Sprecher der LINKEN für Rentenpolitik im Bundestag statt. Die Veranstaltung war gut besucht. Mindestens 50-60 Gäste fanden den Weg auf Einladung der Bezirksfraktion, dem Bezirksverband und der Senioren-AG der LINKEN Hamburg-Mitte. Die Veranstaltung wurde durch einen musikalischen Beitrag von Uwe Böhm und eine kurze Einführung unserer Bezirksabgeordneten Maureen Schwalke eröffnet.



Matthias brachte es fertig auf begeisternde Art und Weise das komplexe Thema Rentenpolitik dem Publikum näher zu bringen. Dabei hat er immer wieder das Publikum mit in den Vortrag einbezogen. Am Anfang seiner Präsentation ging er zunächst auf das bedrückende Thema Altersarmut ein.



Seit 2003 ist die Zahl derer, die im Alter Grundsicherung beantragt haben um 111% auf 544.000 Personen gestiegen. Dazu kommen ca. 300.000 RentnerInnen, die Wohngeld benötigen. Ferner gibt es eine Dunkelziffer von ca. 1,6 Millionen RentnerInnen, die aus Stolz, Scham oder aus Unwissenheit keine Grundsicherung im Alter beantragen.

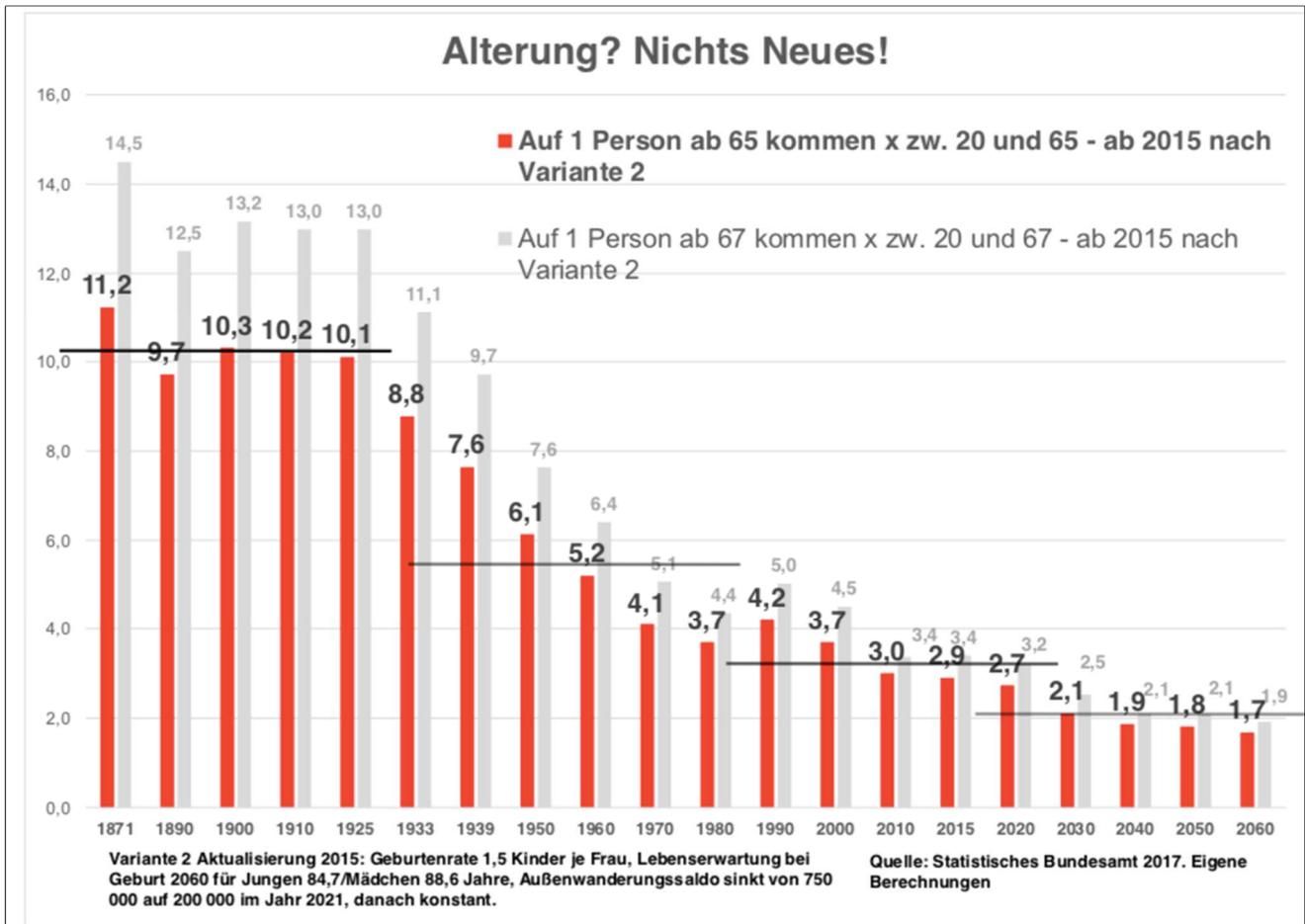
Zu berücksichtigen ist, dass die Grundsicherung für ab 65 Jährige von 811 Euro deutlich unter der Armutrisikogrenze zwischen 999 Euro – 1189 Euro liegt, je- nachdem welche Quelle man für diesen Wert zu Grunde legt. Als Mittelwert ergibt sich hier 1085 Euro. Wenn man diesen Wert als Maßstab nimmt so gelten 17,6 % aller Menschen ab 65 Jahren als Arm in Deutschland, dies entspricht 2,9 Millionen Menschen. Die Tendenz ist langfristig steigend. Die GroKo rühmt sich mit der sozialen Errungenschaft der Grundrente, die man nach 35 Beitragsjahren in Höhe von 892,10 erhalten könnte.

Es bleibt festzuhalten: Grundsicherung und Grundrente schützen nicht vor Armut und dies in einem so reichen Land wie Deutschland. Dies ist ein Skandal.

Wie ist es nun zu diesem Desaster gekommen?

Im Jahre 2000 betrug das Sicherungsniveau der Rente noch 53 %. 2003 beschloss Rot/Grün unter Gerhard Schröder nach massiver Lobbyarbeit von Kanzlerspezi Carsten Maschmeyer und anderen Versicherungsunternehmern das Rentenniveau von 53 % bis 2045 in mehreren Schritten abzusenken. Zu Gunsten der Versicherungswirtschaft sollten die Beitragszahler die sogenannte Riesterrente abschließen, um die Absenkung des Rentenniveaus auszugleichen. Dies Ganze wurde durch staatliche Zuschüsse, die der Rentenkasse entnommen wurden, schmackhaft gemacht. Der größte Teil dieser Zuschüsse floss in den Rachen der Versicherungskonzerne.

Die Begründung für die damalige Rentenabsenkung war der sogenannte demografische Wandel, der heute auch immer wieder zitiert wird, wenn die unsoziale Rentenpolitik von den neoliberalen Kreisen verteidigt wird.



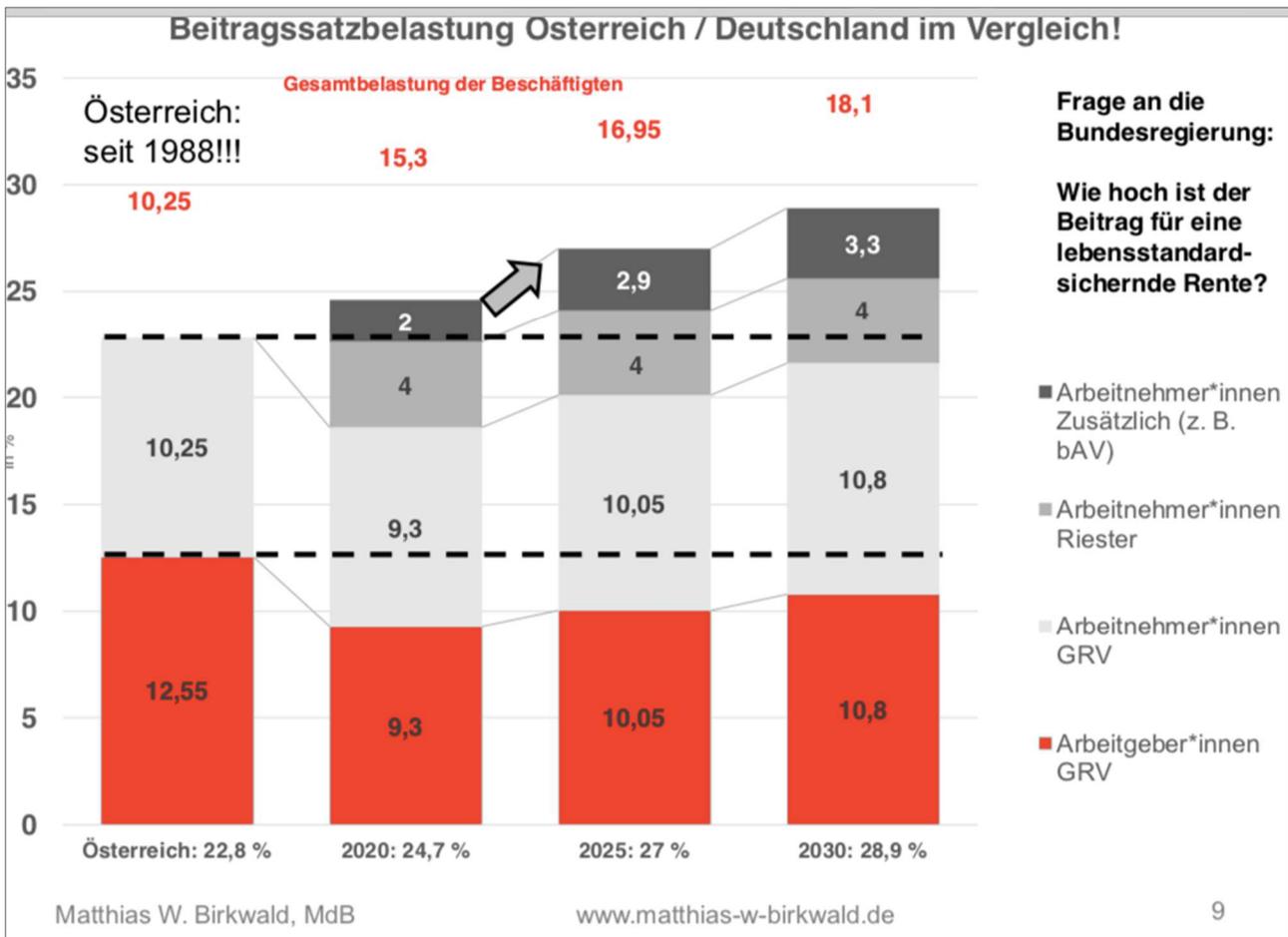
Dies wird durch die obige Abbildung eindrucksvoll wiederlegt. Demnach fand der größte demografische Wandel zwischen 1925 und 1970 statt, was die Rentenversicherung schadlos überstand. Vollkommen unberücksichtigt bei der Betrachtung der demografischen Entwicklung bleibt, dass die Produktivität gemessen durch das Bruttosozialprodukt in all den Jahren stetig gewachsen ist. D.h. der „Rentenkuchen“ wächst ständig. Seit der unsäglichen Entscheidung von Rot/Grün 2003 das Rentenniveau abzusenken, ist das Bruttosozialprodukt um 1,2 Billionen Euro gewachsen. Es wäre demnach genug Geld da, Altersarmut zu verhindern.

Gegenwärtig haben wir einen Wert von 48,2 % für das Rentenniveau erreicht. Dies hat zur Folge, dass der durchschnittliche Zahlbeitrag für Versicherte mit 35 Beitragsjahren nur noch etwa 880 Euro bei Rentenbeginn beträgt. Die GroKo rühmt sich, dass man dieses Niveau nun bis zum Jahre 2025 stabil halten und gleichzeitig den Rentenbeitrag auf 18,6 % absenken will. Dies bedeutet,

dass die Altersarmut für den obigen Personenkreis stetig wachsen wird.

Wie kann man es besser machen? Da ist z.B. das Rentensystem in Österreich, welches nahezu vollständig Umlage finanziert ist, im Gegensatz zu Deutschland, wo durch die Einführung der Riesterreute, der Weg weg von einer Umlagefinanzierung begonnen wurde. In Österreich bekommen Rentner im Schnitt 1.080 Euro und Rentnerinnen ca. 340 Euro mehr. Als Kritik wird von GegnerInnen dieses Systems oft der höhere Beitragssatz von 22,8 % angeführt. Dies widerlegt die folgende Grafik:

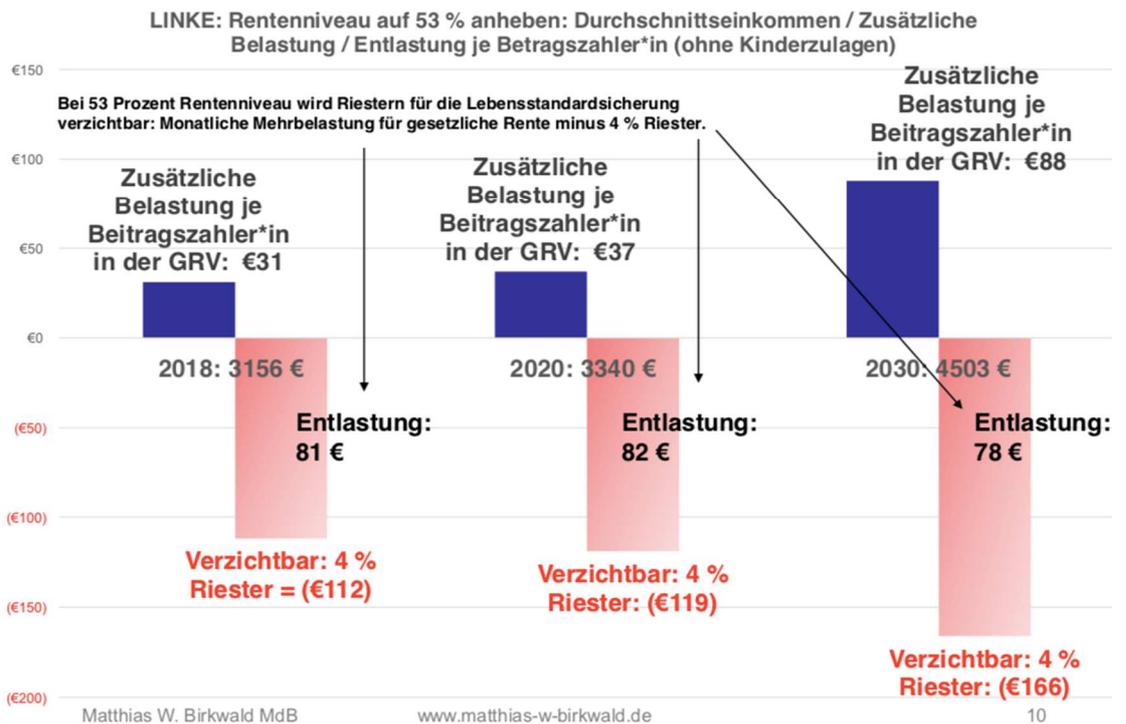
Seit 1988 ist dort der Rentenbeitrag stabil. Die ArbeitnehmerInnen sind nur mit 10,25 % belastet. Dies liegt daran, dass in Österreich alle in die Rentenversicherung einzahlen. Hier in Deutschland werden die BeitragszahlerInnen, wenn sie eine Lebensstandard sichernde Rente anstreben, immer höher belastet, wie in der Grafik zu sehen ist.



Wie kann man nun eine kurzfristige Verbesserung der Situation der RentnerInnen in Deutschland herbeiführen? Der Vorschlag von Matthias und unserer Fraktion lautet nun, das Rentenniveau wieder auf 53 % anzuheben. Dies würde für jeden Rentner 10 % mehr Rente im Monat bedeuten. Um das Ganze zu finanzieren wäre eine Anhebung des Rentenbeitrages im Schnitt von etwa 30 Euro notwendig. Die Riesterrente wäre dann verzichtbar. Die Beitragszahler könnten diese auflösen und das ausgezahlte Geld in die ge-

setzliche Rentenversicherung einbezahlen. Zur Illustration die folgende Abbildung.

Was kostet die Anhebung des Rentenniveaus?



Die folgenden rechtlichen Schritte wären erforderlich, um ein Rentensystem ähnlich wie in Österreich einzuführen.

1. Das Rentenniveau auf 53 Prozent erhöhen.
2. Zu paritätischen Beiträgen der Alterssicherung zurückkehren.
3. Den Solidarausgleich stärken: Gerechte Renten für Niedrig- und Geringverdienende, Erwerbslose, Erziehende, Pflegende.
4. Die Erwerbstätigenversicherung einführen.
5. Die Beitragsbemessungsgrenze anheben und aufheben.
6. Die Riesterreute abwickeln.
7. Gute Betriebsrenten als Ergänzung.
8. Die Rente erst ab 67 abschaffen.

9. Die Erwerbsminderungsrenten armutsfest gestalten.
10. Die Ostrenten vollständig angleichen.
11. Die Solidarische Mindestrente einführen.

Die Veranstaltung war damit nach einer Frageunde beendet. Matthias wurde mit großem Applaus verabschiedet.

Kleine Anekdote zum Ende: Vor der Veranstaltung sprach mich ein Herr in Begleitung seiner kleinen Tochter an, ob er zusammen mit ihr an der Veranstaltung teilnehmen könnte. Natürlich gerne antwortete ich. Und so kam es, dass das Altersspektrum unserer Gäste von 8 – 93 Jahre reichte.

Wolfgang Strauß BO Billstedt,
Fotos Maureen Schwalke

Billstedt ist bunt

„Billstedt ist bunt“ ist eine Initiative, die sich Ende letzten Jahres gegründet hat. Es sind Billstedter Bürgerinnen und Bürgern, die sich zusammengeschlossen haben um sich gegen den immer stärker werdenden Rechtsruck und aufkeimenden Rassismus zur Wehr zu setzen. Mit im Boot sind die VVN-BDA und die Linke Billstedt, sowie einige Mitglieder aus der SPD und den Grünen. Des Weiteren sind die Kirchengemeinde aus Mümmelmansberg und der Kulturpalast Billstedt sehr stark in dieser Initiative engagiert.

„Billstedt ist bunt“ veranstaltet nun am 24.11. ein Fest der Begegnung, wie der nebenstehenden Ankündigung zu entnehmen ist.

Besonders interessant aus politischer Sicht ist die Wanderausstellung „Kritische Auseinandersetzung mit der AfD“ der VVN-BDA, die parallel zu besichtigen ist

Alle Genossinnen und Genossen aus Hamburg-Mitte sind herzlich eingeladen.

WS

Eintritt frei

Fest der Begegnung

24. November 2018

Billstedt und Mümmelmansberg sind bunt

Uwe Böhm (Liedermacher)
Michael Weber (Schauspielhaus)
Frauen mit Mut (türk. Theatergruppe)
Aneyla & die Fipszis (Kinder Bauchtanzgruppe)
Dauernd - Dazwischen (Performance)
u.v.a.

ab 14 Uhr im Gemeindezentrum
Harvighorster Redder 50

Ausstellung:
Kritische Auseinandersetzung mit der AfD

Die alevitische Gemeinde sorgt für das leibliche Wohl
Ab 19:00 Tanz mit DJ Jane

Initiative Gedenkort Stadthaus

Der Protest geht weiter. Jeden Freitag von 17.00 – 18.00 Uhr – Mahnwache Stadthausbrücke / Ecke Neuer Wall

Nächster Termin: **2. November 2018, 17.00 Uhr**

Wir bleiben dabei: **Konsum statt Gedenken? Niemals!**

Die Erinnerung an den Faschismus und die Auseinandersetzung damit sind gesellschaftliche Aufgaben und gehören in den öffentlichen Raum

Unser gemeinsames Ziel ist eine Sichtbarmachung des Ortes als zentrale Stätte des Nazi-Terrors und als würdiger Dokumentations- und Erinnerungsort an den antifaschistischen Widerstand in Hamburg

Mitten in Hamburgs Innenstadt befindet sich der ehemalige Sitz der Ordnungspolizei, der Gestapo, der Kriminal- und Sicherheitspolizei und weiterer Polizeidienststellen des 3. Reiches. Von 1933 bis 1943 war hier für Hamburg und weite Teile Norddeutschlands die Zentrale des Nazi-Terrors.

Im Jahr 2009 stellte der Senat endlich fest, welche große Bedeutung dieses Gebäudeensemble an der Stadthausbrücke für die Gedenkstätten-topografie der Stadt hat, und formulierte ausdrücklich die Notwendigkeit, hier „ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hamburg“ zu etablieren.

Bedauerlicherweise haben die politisch Verantwortlichen beim Verkauf des Gebäudes jeglichen Gestaltungsanspruch für einen würdigen Gedenkort ohne Not aus der Hand gegeben.

Als der Immobilieninvestor Quantum das Gebäude 2009 erwarb, musste er sich im Kaufvertrag lediglich dazu verpflichteten einen „Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen)“ zu realisieren (Drs. 19/4555). Hierfür war lt. Kaufvertrag eine Ausstellungsfläche von etwa 750 qm vorgesehen.

Wer nun am 2. Mai 2018 zur Stadthausbrücke 8a kommt und die Ladenfläche betritt, die einst ein Gedenkort an Widerstand und Verfolgung in Hamburg werden sollte, findet sich in einer Buchhandlung mit angeschlossenen Café und einer 70 qm-Gedenkecke wieder.

In dieser Ecke haben 40 Stühle Platz, als Ausstellungsfläche bleiben 13 laufende Meter Wandfläche. Wie hier die verschiedenen Aspekte der Verfolgung angemessen dargestellt und darüber hinaus ein angemessenes Gedenken an den

Hamburger Widerstand ermöglicht werden soll, bleibt unvorstellbar.

Trotzdem behaupten sowohl Quantum als auch die Behörde für Kultur und Medien als Vertreterin der Stadt Hamburg, der Investor habe seine Verpflichtung aus dem Kaufvertrag – einen würdigen Gedenkort an Verfolgung und Widerstand zu errichten und zu betreiben – erfüllt.

Mit dieser peinlichen Provinzposse bleibt Hamburg deutlich hinter anderen Städten zurück: Münster, Nürnberg, Köln, Düsseldorf, München, Berlin, ... Nach Jahrzehnten des Verdrängens und Beschweigens wurden dort in den letzten dreißig Jahren in Gebäuden, die ähnlich wie das Stadthaus in Hamburg, Hauptquartiere des organisierten Nazi-Terrors waren, moderne und angemessene Dokumentations- und Erinnerungsorte geschaffen.

In Hamburg entsteht nun in dem Gebäude, wo sich einst Hamburgs NS-Terror-Zentrale befand, der wohl luxuriöseste Konsumtempel der Stadt, der unter dem Motto „Hommage an das Leben“ vermarktet wird.

- Hier wurden die Hamburger Polizeibattalione aus Hamburg, Bremen und Lübeck für den Einsatz im Vernichtungskrieg organisiert und eingesetzt
- Hier wurden die Deportationen der Hamburger Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma geplant und vorbereitet
- Hier wurden unzählige mutige Menschen, die sich der Nazi-Herrschaft entgegenstellten, brutal gefoltert
- Hier begann der Leidensweg politischer Gegner_innen, Zeugen Jehovas, Homosexueller und als Asoziale Stigmatisierter in die Konzentrationslager

Doch all das taucht in der Quantum-Image-Kampagne auf der Seite www.stadthoefe.de nach wie vor mit keinem Wort auf. Neben peinlichen plattdeutsch-französischen Textpassagen, die das herannahende „Unendliche Plaisir“ ankündigen, finden sich zur Geschichte des Hauses nur dürre Worte wie: „Die Gebäude sind in den Jahren 1888 bis 1916 als Sitz der Hamburger Verwaltung entstanden - bis zum Sommer 2013 wurden diese von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt genutzt.“

Ein solcher Umgang mit dem historischen Erbe bedeutet eine unerträgliche Banalisierung von Terrorherrschaft, Vernichtungskrieg und Völkermord und eine Verhöhnung der Opfer.

Die Initiative Gedenkort Stadthaus ist empört, dass weder dem von der Kulturbehörde geladenen „Runden Tisch“ noch der danach erfolgten Berufung eines „Beirats“ die Bereitschaft zugrunde lag, an dem unwürdigen Konstrukt eines „Dreiklangs aus Buchhandlung, Café und Ausstellung“ noch irgendetwas Substantielles zu ändern.

Wir bleiben dabei: Hamburg braucht einen zentralen Dokumentations- und Erinnerungsort an Verfolgung und Widerstand in der zentralen Stätte des Nazi-Terrors.

Diese Forderung werden wir auch weiterhin an die Stadt, an den Investor und Projektentwickler Quantum sowie an die inzwischen zu Mehrheits-eigentümern gewordenen Ärztlichen Versorgungswerke von Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt richten und erwarten entsprechende Entscheidungen.

Wir nehmen den Triumph des Kommerzes über die Erinnerung nicht hin:

Konsum statt Gedenken? Jamais!

ErstunterzeichnerInnen für die Initiative Gedenkort Stadthaus:

Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS); Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.; Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.; City-Hof e.V. - Für gelebte und gebaute Kultur; FG Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe – ver.di Hamburg; AK Antirassismus - ver.di Hamburg; Förderkreis Gedenkstätte und Lernort Stadthaus; Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V.; Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.; Hamburger Bündnis gegen Rechts; Initiative Gedenktafel Stadthaus 1981; Landesjugendring Hamburg e.V.; Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen; Stolpersteine Hamburg e.V.; Hein Pfohlmann, 1. Vorsitzender des Kuratoriums der Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg.; Dr. Sigrid Curth, Geschichtswerkstatt Wandsbek; Stephan Kaiser, Süderelbearchiv; Detlef Baade; Rolf Becker; Esther Bejarano; Norbert Hackbusch; Ulrich Hentschel, Pastor i.R.; Barbara Hüsing; Michael Joho; Siri Keil; Bernhard Nette; Peggy Parnass; Bernhard Stietz-Leipnitz; Sönke Wandschneider, Pastor; Sylvia Wempner

Kundgebung und Unterschriftensammlung:

"Für Abrüsten auf die Straße gehen ist das Gebot der Stunde"

Samstag, 03.11.2018 14:00 Uhr

Spritzenplatz, 22765 Hamburg (Ottensen).

Es stimmt: Schulen sind marode und Kitas fehlen überall, der soziale Wohnungsbau muss dringend ausgebaut werden, Krankenhäuser werden benötigt, dem öffentlichen Nahverkehr fehlen Gelder, die kommunale Infrastruktur verkommt, die Alterssicherung und die Pflege sind unterfinanziert, Geflüchtete benötigen Unterstützung, der ökologische Umbau stagniert, Finanzen für Klimagerechtigkeit sind nicht vorhanden und internationale Hilfe zur Selbsthilfe wird verweigert.

Aber: Geld für die Rüstung ist fast unbegrenzt vorhanden. Der Rüstungsetat 2019 soll um 11,4% steigen auf 42,4 Milliarden Euro, 60 Milliarden für Rüstung ist das nächste Ziel der Verteidigungsministerin, um dann den Etat - wie die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ errechnete - bis zum Jahr 2024 weiter auf 85 Milliarden zu steigern.

Wir sagen nein.

Kundgebung und Unterschriftensammlung "Für Abrüsten auf die Straße gehen ist das Gebot der Stunde", **Reiner Braun** (Kooperation für den Frieden, Co-Sprecher International Peace Bureau), **Falko Lehmann** (IG Metall-Vertreter im DGB AK Demokratie und Frieden, Hamburg), **Sönke Wandschneider** (Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung).

Veranstalter*in: Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung



Einladung zur Diskussionsveranstaltung am 08.11.2018:

Abrüsten statt aufrüsten und weg mit der Schuldenbremse! Die LINKE zum Hamburger Haushalt 2019/20

mit Martin Dolzer (MdBü) und Holger Griebner (ver.di AK Frieden)

am Donnerstag, 8. November 2018, um 19.00 Uhr

in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion, Lilienstraße 15, 20095 Hamburg
(*noch nicht gesichert, endgültige Einladung beachten*) auf Einladung von Martin Dolzer

Hamburg ist eine wirtschaftlich starke und internationale Handelsstadt mit aufmerksamer und vielfach kritisch engagierter Bevölkerung. Die Hansestadt hat sich in ihrer Verfassung das Ziel gegeben, als „Mittlerin zwischen den Erdteilen und Völkern im Geiste des Friedens“ zu wirken.

Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hat kürzlich mit einer großen Anfrage zu Friedens- und Rüstungsforschung zu Tage gefördert, dass in vielen Bereichen der öffentlichen und teil-öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Hamburg das Engagement für Frieden, Abrüstung, zivile Konfliktprävention und -bewältigung vielfältig ausgeprägt ist. Mehr noch: Viele wissenschaftlich Tätige verfolgen bewusst zivile Ziele und lassen sich ungern für militärische Zwecke benutzen. Das drückt sich z.B. in den von der Zivilklauselbewegung durchgesetzten Verpflichtungen der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) sowie der Fakultät Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der Universität Hamburg auf die rein zivile Ausrichtung der Forschung aus.

Dennoch finden in Hamburg rüstungsrelevante Projekte im Millionenbereich statt. Außerdem zwingt die Kürzungspolitik mit der „Schuldenbremse“ die Hochschulen zur Einwerbung von Drittmitteln auch aus der Rüstungsindustrie. Hinzu kommen die Universität der Bundeswehr und Forschungen an privaten Instituten wie Fraunhofer und Max-Planck. Darüberhinaus wird gezielt zivile mit militärischer Forschung verquickt („Dual Use“), um die Akzeptanz zu erhöhen - z.B. durch Beteiligung des Pentagons an der Erforschung von Kriegsfolgeerkrankungen am Universitätsklinikum Eppendorf und mit der Erforschung maritimer Technologie an der HAW sowie der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Wegen der breiten Kriegsablehnung in der Bevölkerung wie auch unter wissenschaftlich Tätigen wird außerdem versucht, Sozialwissenschaften in die Legi-

timierung des Geschäfts mit dem Tod und militärischen Eingreifens einzuspannen. Die Wissenschaft soll für das von der Bundesregierung verfolgte NATO-Ziel, den Militärhaushalt des Bundes nahezu zu verdoppeln und damit für eine massive Aufrüstung der Bundesrepublik missbraucht werden.

Um dem entgegen und für Frieden zu wirken, fordert DIE LINKE die Einführung einer Zivilklausel im Hamburgischen Hochschulgesetz und setzt sich für die bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung der Hochschulen für die tatsächliche kritische Unabhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlicher Einflussnahme ein. An den Hochschulen stehen einige relevante Arbeitsbereiche unter starkem Druck durch die Kürzungspolitik, einige, wie die Wirtschaft- und Sozialgeschichte an der Uni Hamburg, sind bereits eingestellt worden. DIE LINKE fordert deren Wiedereinrichtung und auch neue friedensorientierte Arbeitsstellen einzurichten, u.a. zur Aufarbeitung des Lebenswerkes des Wehrmachtsdeserteurs Ludwig Baumann, damit sein Beispiel Schule machen kann. Außerdem strebt DIE LINKE ein Verbot von Rüstungsexporten an sowie die Umwandlung von militärischer in zivile Produktion („Konversion“), eine friedliche Außenpolitik der EU, die schrittweise Überwindung der NATO und sie unterstützt die Initiative von ICAN, dass die BRD den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen auf UN-Ebene mit ratifiziert.

Wir laden Sie herzlich ein, mit Martin Dolzer (Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft) und Holger Griebner (Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ und ver.di-Arbeitskreis Frieden) zu diskutieren, wie wir gemeinsam für den Erfolg dieser Anliegen wirken können.

(mitgeteilt von Alexander Benthin)

Termine in (und für) Mitte

Montag, 05.11., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Montag, 05.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 07.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Montag, 19.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 21.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 21.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 22.11., 17:30 Uhr

Bezirksversammlung (öffentlich)
Sitzungssaal Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Bitte beachtet auch die Termine auf den vorigen
Seiten!

Dezember 2018

Sonntag, 02.12., ganztägig:

BMV zum **Bezirkswahlprogramm**
Horner Freiheit (U Horner Rennbahn)

Montag, 03.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 05.12. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Montag, 17.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.12., 18:30 Uhr

Treffen der BO Billstedt
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 19.12., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils
von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet
Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Marvin Deutschländer		
Alexander Götz (Schatzmeister)		
Theresa Jakob		
Eva Rosanski		
Antje Schellner		
Marinus J. Stehmeier		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX